

17 857 1067
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/252

Bonn, den 17. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1	<u>Moskau und die EWG</u> ----- Zum Streit in den kommunistischen Gewerkschaften	40
2 - 4	<u>Neue Minister - neuer Etat?</u> ----- Von Heinrich G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages	124
5	<u>Schon wieder einmal Strauß!</u> ----- Ein grober Mißgriff Von Franz Barsig	44
6 - 7	<u>Berlin und Deutschland - von Ausland gesehen (II)</u> ----- Furcht vor deutsch-französischer Hegemonie ----- Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	51
7	<u>Glied eines weltweiten Problems</u> ----- Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	44

Chefredakteur Günter Markscheffel

Moskau und die EWG

Zum Streit in den kommunistischen Gewerkschaften

sp - Mit zwei Phänomenen hat sich die Sowjetunion in steigendem Maße zu befassen: Mit dem Phänomen des kommunistischen China und mit dem Phänomen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Auseinandersetzungen zwischen Peking und China, lange Zeit auf den Schultern von anderen ausgetragen, sind in ein akutes Stadium getreten. Vorwürfe, wie sie nur unter Todfeinden üblich sind, werden gegenseitig erhoben. Beide gingen aus der Reserve heraus.

Der Streit um den kommunistischen Führungsanspruch in der Welt beansprucht die Energien Pekings und Moskaus; hier bahnen sich noch unüberschbare Entwicklungen an. Der Polyzentrismus, von dem der italienische Kommunistenführer Togliatti sprach, nimmt greifbare Gestalt an. Russen und Chinesen, neben den Vereinigten Staaten die mächtigsten Weltvölker, sprechen nicht mehr eine gemeinsame Sprache, sie verfolgen entgegengesetzte, in Konflikt kommende Ziele. Die eine Macht, die Sowjetunion, will im Atomzeitalter den Krieg als ein Mittel der Politik fast um jeden Preis vermeiden - ginge sie doch im Falle eines Weltkonfliktes das Risiko einer totalen Vernichtung ein - die andere Macht, China, sieht im Krieg ein Mittel, die Weltrevolution voranzutreiben. Der Konflikt zwischen den beiden Mächten dürfte in der Zukunft an Schärfe und Intensität zunehmen; an ihm zerbricht die Einheit des Weltbolschewismus. Mit angehaltenem Atem wird man seinen weiteren Verlauf verfolgen.

Auch das andere Phänomen bereitet den Männern des Kreml viel Kopfzerbrechen - das Phänomen der wachsenden Wirtschaftskraft des nichtkommunistischen Europa. Moskau hat an seine Botschaften in den EWG-Ländern eigene Experten mit dem Auftrag entsandt, die Entwicklung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verfolgen. Bezeichnend ist, was sich auf dem Kongreß des kommunistisch gelenkten Weltgewerkschaftsbundes in Leipzig abspielte. Die Italiener opponierten gegen den Vorschlag, ein "antimonopolistisches Gewerkschaftskomitee für die Aktionseinheit gegen die EWG" zu gründen. Wogegen sollte dieses Komitee etwa opponieren? Gegen die durch den erweiterten Gemeinsamen Markt gegebene Möglichkeit einer Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Schichten? Hier wird der Moskauer Zwiespalt in der Einschätzung der EWG offenbar. Einerseits setzt Moskau alle Hebel in Bewegung, um gewissermaßen von innen her den Integrationsprozeß Europas zu hemmen, auf der anderen Seite rechnet es schon mit der EWG als einer gegebenen, an Bedeutung und Gewicht zunehmenden Größe. Dieser Zwiespalt stellt die kommunistischen Gewerkschaften vor ein neues, unlösbares Dilemma. Es wird ihnen noch viel zu schaffen machen.

17. Dezember 1962

Neue Minister - 'neuer Etat?

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Heinz Starke ist als Bundesfinanzminister abgetreten. Er hatte sicherlich einen guten Willen, aber er verstand es nicht, zu seinen Mitarbeitern jenes notwendige Vertrauensverhältnis zu schaffen, das die Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken ist. Auch seine sachliche Leistung forderte zur Kritik heraus. Der Entwurf des Bundeshaushalts 1963, der nach seinen Vorschlägen vom Kabinett verabschiedet wurde und der mit einer Endsumme von 56,8 Milliarden DM endete, entsprach nicht den elementarsten Grundsätzen des Haushaltsrechts, das von einem Etatentwurf klare Einsichten und eine reale Einschätzung der gegebenen Situation verlangt.

Endsumme war frisiert

Es war von Anfang an klar, daß die Endsumme frisiert war, daß Nachforderungen erhoben werden würden, die die Endsumme wesentlich erhöhen würden und daß darin der Versuch - ob gewollt oder ungewollt bleibe dahingestellt - enthalten war, den schwarzen Peter für eine wesentlich höhere Endsumme auf das Parlament abzuladen.

Dem Haushaltsausschuß des Bundestages wurde bald bekannt, daß "Nachschiebelisten" zu erwarten seien. Der Haushaltsausschuß war nicht willens, sich diese Rolle zuteilen zu lassen und lehnte die Entgegennahme jeglicher Nachschiebelisten ab.

Finanzminister war im Bilde

Der Bundesregierung und speziell dem Bundesfinanzminister war bei der Fixierung der Endsumme von 56,8 Milliarden DM auch bekannt, daß noch andere Anforderungen im Haushalt enthalten sein müßten, die keine Berücksichtigung fanden. Inzwischen hat sich der Schleier etwas gelüftet und der Bundesfinanzminister muß zugestehen, daß die Anforderungen aus dem Verteidigungshaushalt um 1 Milliarde DM höher sein werden als sie mit 17,5 Milliarden DM in den Haushalt eingestellt wurden.

Es besteht der begründete Verdacht, daß diese Mehranforderung von 1 Milliarde DM noch ungenügend ist und daß eine noch höhere Summe auf den Haushalt zukommen wird, ein Problem, das die Frage der Deckung dieser Riesenleistung in ein ganz besonderes Licht stellen muß.

Dem Bundesfinanzminister war auch bekannt, daß das "Sozialpaket", das nach dem Willen der Regierung in einem Akt verabschiedet werden soll, 1,2 Milliarden DM erfordert. Dafür ist im Haushalt nichts vorgesehen. Dem Bundesfinanzminister war auch bekannt, daß erhebliche Aufwendungen nach dem Willen des Parlaments in einem Sonderteil des "Sozialpakets" diese Summe von 1,2 Milliarden DM noch erhöhen müßten, dann nämlich, wenn das fällige Renten Anpassungsgesetz für die Kriegsoffer nicht nur individuell gezielte Leistungen, sondern rechtlich begründete Gesamterhöhungen bringt. Dafür ist im Haushaltsplan nichts vorgesehen. Es handelt sich um etwa 1 Milliarde DM.

17. Dezember 1962

Sogar Bevölkerungsschutz blieb unberücksichtigt!

Dem Bundesfinanzminister war bekannt, daß der zivile Bevölkerungsschutz im Rechnungsjahr 1963 etatsmäßige Auswirkungen von erheblicher Größe haben wird. Es wurde n i c h t s im Haushaltsplan dafür vorgesehen!

Der Bundesfinanzminister mußte mit den materiellen Auswirkungen des 5. Rentenanpassungsgesetzes rechnen - vorgesehen wurde dafür nichts!

Dem Bundesfinanzminister war geläufig die Tatsache, daß fortgesetzt Erhöhungen zugunsten der bundesdeutschen Landwirtschaft die Ausgabeseite des Haushalts erheblich beeinträchtigen würden, eine entsprechende Vorsehung aber ist im Haushaltsplanentwurf nicht enthalten.

Überprüfung notwendig

Es besteht die begründete Befürchtung, daß der von dem früheren Kabinett Adenauer verabschiedete Haushaltsplanentwurf 1963 in entscheidenden Teilen unhaltbar geworden ist, und es besteht die begründete Verlangen, daß dieser Entwurf durch die neue Bundesregierung unverzüglich einer sehr gewissenhaften Überprüfung unterzogen werden muß. Der vorliegende Entwurf ist nicht der Entwurf der jetzigen Bundesregierung und der jetzige Bundesfinanzminister, Herr Dr. D a h l g r ü n, kann die Verantwortung für diesen unvollkommenen Entwurf nicht tragen. Er wird auch gut daran tun, im Interesse des Ansehens der jetzigen Bundesregierung unverzüglich bis zum Wiederzusammentritt des Haushaltsausschusses im Januar 1963 dem Kabinett Vorlage auf eine Ergänzung des vorliegenden Entwurfs zu machen, so daß mit klaren Zahlen gerechnet werden kann und nicht mit einer Fiktion, deren Klarstellung und Berechtigung man dem Parlament überläßt.

Deckungsproblem ungelöst

Wenn so eine Endsomme des kommenden Haushalts von schätzungsweise 60 bis 61 Milliarden DM entsteht, wird das schon vorstehend erwähnte Deckungsproblem von ganz besonderer Bedeutung. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, über die sich die Bundesregierung bei einer neuen Vorlage an den Bundestag und an den Bundesrat den Kopf zerbrechen muß, vor allem wird die Bundesregierung gut daran tun, endlich davon abzusehen, vermögenswirksame Ausgaben in den ordentlichen Haushalt zu verlagern statt in den außerordentlichen Haushalt. Solange vermögenswirksame Ausgaben für Gebäude, Grundstücke und sonstige Vermögensanlagen im Rahmen des ordentlichen Haushalts vom heutigen Steuerzahler allein finanziert werden sollen, wird damit ein Unrecht begangen, weil die Gegenwart mit Ausgaben belastet wird, die der Zukunft dienen.

Völlig unklare Verhältnisse

Wenn die Bundesregierung mit bedeutenden Beträgen Leistungen zugunsten der Entwicklungshilfe vollbringen will, dann wird sie auch zu prüfen haben, welche Leistungen heute den Steuerzahler belasten dürfen und welche Leistungen auf längere Zeit verbucht werden müssen. Mit anderen Worten: man kann dem deutschen Steuerzahler von heute nicht zumuten, daß er wieder zurückfließende Mittel, die im Rahmen der Entwicklungshilfe ausgegeben werden, durch seine Steuerleistung im ordentlichen Haushalt deckt.

17. Dezember 1962

Man wird auch auf dem Gebiete der Sicherung der Verteidigungsausgaben, die eine ständig wechselnde Tendenz zeigen, darauf hinweisen müssen, daß mit diesen Leistungen ebenfalls die Zukunft gesichert wird, und daß auch hier eine Überprüfung der Deckungsmöglichkeiten zwangsläufig notwendig wird.

"Ausgleich" über die Länder?

Die Versuche, einen Ausgleich zulasten der Länder herbeizuführen, sind nur in beschränktem Maße realisierbar. Die Aufgaben der Länder sind vielfältig. Wenn man allein an ihre Verpflichtungen auf dem Gebiete der Volksbildung und der Kulturpolitik im ganzen denkt, wenn man an die Zukunft unserer Jugend denkt und an den Konkurrenzkampf, den sie zu bestehen haben wird, dann ist die Erkenntnis zwangsläufig, daß die Verteidigung der Zukunft unseres Volkes ausgezeichnete Schulbildung und ausgezeichnete Ausbildung an Universitäten, Technischen Hochschulen usw. erfordert. Je mehr die Länder in ihrer Leistungsfähigkeit durch gezielte Abgaben an den Bund beschränkt werden, desto größer ist die Gefahr, daß unsere Jugend - sobald sie einmal im Lebenskampf steht - gegenüber besser ausgebildeten Alterskameraden aus anderen Völkern und Ländern entscheidend im Nachteil sein wird.

Die Einkommen über 100.000 DM

Die neuen Minister kommen bis auf eine Ausnahme aus dem politischen Getriebe der Bundeshauptstadt, aus dem Bundestag. Sie werden ihrer Verpflichtung gerecht werden müssen, um in eigener Verantwortung eine tragbare Finanzpolitik gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat zu betreiben. Auf den neuen Bundesfinanzminister kommt hier eine ganze besondere Verantwortung zu. Ob und inwieweit sich im Zeitalter der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung eine zusätzliche Belastung der Einkommen von mehr als 100.000 DM und der Millionenvermögen vermeiden läßt, wie Herr Starke es meinte, wird sich das neue Kabinett und die Regierungsmehrheit ebenfalls zu überlegen haben.

Schwere Arbeit für den Haushaltsausschuss

Gegenüber den gewaltigen Anforderungen stellt sich aber noch ein weiteres Problem. Es ist das der kritischen Überprüfung der einzelnen Ansätze des Bundeshaushalts. Als Beispiel möchte der Verteidigungshaushalt dienen. Nachdem die politische Entwicklung in der Welt zu den heutigen Verhältnissen geführt hat, kann kein verantwortlich Denkender die Notwendigkeit einer deutschen Verteidigungsbereitschaft verneinen, aber der Milliardenhaushalt des Verteidigungsministeriums, der rasch an die 20 - Milliarden-Grenze heranrückt, muß - ebenso wie andere Bundeshaushalte - einer genauen und kritischen Prüfung durch die Ausschüsse des Deutschen Bundestages unterworfen werden. Auch dieser Haushalt darf nicht tabu sein. Der Rotstift des Haushaltsausschusses ist neu zu spitzen, sobald die neue Regierung verantwortungsgemäß einer Überprüfung des überholten und nicht mehr akzeptablen bisherigen Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr entsprochen haben wird.

Schon wieder einmal Strauss !

Von Franz Barsig

Die Hörer des Norddeutschen Rundfunks, die am Sonntag um 19.30 Uhr wie gewohnt die Diskussionssendung "Das politische Forum" erwarteten, das unter ausschliesslicher Verantwortung der Parteien läuft, dürften sehr erstaunt gewesen sein, als sie zunächst in der Ansage hörten, daß die Sendung ausfallen müsse, weil sich die politischen Parteien nicht über die Besetzung einigen konnten und statt dessen dann die diesmal sehr einseitig gestaltete Sendung des Hessischen Rundfunks "Das Frankfurter Gespräch" vorgesetzt bekamen.

Die Zurückhaltung des Norddeutschen Rundfunks in allen Ehren, aber schliesslich kann man die Dinge ruhig beim Namen nennen: Diskutiert werden sollte über die Pariser NATO-Konferenz und die Sozialdemokratische Partei hatte als ihren Sprecher bereits den Abgeordneten Fritz Erler benannt. Am späten Freitagnachmittag wurde dann von der CDU-Bundesgeschäftsstelle als ihr Sprecher Franz Josef Strauss offeriert, ein Gesprächspartner, den die SPD ablehnen musste.

Es ist seit Jahren Übung im "politischen Forum", daß Minister an diesen Diskussionssendungen nicht teilnehmen. Die Beauftragung von Franz Josef Strauss mag umstritten sein, aber Tatsache ist, daß er zur Zeit als amtierender Bundesverteidigungsminister tätig ist. Noch gewichtiger aber dürfte sein, daß im Sendebereich des Nord- und Westdeutschen Rundfunks die CSU politisch überhaupt nicht vertreten ist. Ein Sprecher der CSU hat also in dieser Sendung überhaupt nichts zu suchen, es sei denn, der Bayerische Rundfunk würde sich bereitfinden, seine Sendereihen, etwa "Politik aus erster Hand" dem SSW (Südschleswigscher Wählerverband) zur Verfügung zu stellen. Hinzukommt ein politisches Argument:

"Das politische Forum" ist wirklich nicht das Forum, das Franz Josef Strauss unmittelbar nach seiner Amtsentlassung Gelegenheit geben sollte, sich erneut zu produzieren. Als entlassener, aber geschäftsführender Minister wäre es wirklich angebracht, wenn er sich nur mit Abwicklungsarbeiten beschäftigen würde, anstatt sofort zu demonstrieren, daß er nach wie vor auf dem Gebiete der Verteidigungspolitik Ansprüche aufrechterhält. Seine Teilnahme an dieser Sendung wäre aber eine solche Demonstration gewesen.

Der Sozialdemokratischen Partei und ihrem Sprecher, Fritz Erler, blieb also nichts anderes übrig, als sich zu weigern, an einer Sendung mit Franz Josef Strauss teilzunehmen, zumal die CDU unnachgiebig darauf beharrte, daß Strauss sie vertrete.

Nun wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn der Norddeutsche Rundfunk anstelle dieser Sendung etwa Adventmusik gebracht hätte. Es lief aber das "Frankfurter Gespräch" in der Besetzung CDU/CSU/FDP, ohne daß ein Sozialdemokrat daran teilnahm. Schon die Form der Sendung im Hessischen Rundfunk ist zu beanstanden. Ihre Übernahme durch den Norddeutschen Rundfunk jedoch ist ein grober Mißgriff.

17. Dezember 1962

Berlin und Deutschland - Vom Ausland gesehen. (II)

Furcht vor deutsch-französischer Hegemonie

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Durch die Überwindung der akuten Phase der Kuba-Krise ist die ungeklärte Berlin-Frage wiederum in den Vordergrund gerückt. Vor einiger Zeit wurde in den dem Auswärtigen Amt nahestehenden Kreisen offiziell gemeldet, daß Außenminister Piccioni dem amerikanischen Präsidenten Kennedy einen "römischen Plan für Berlin" unterbreitet habe. Die guten politisch-diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik sowie die Grundlage der italienischen Bundespolitik stehen außer Frage. Aber was das Deutschlandproblem anbelangt, so treten in Rom einige Bedenken auf.

Die Entente Adenauer-de Gaulle erscheint nicht ganz klar und erweckt einiges Unbehagen. Auch ist die Meinung verbreitet, sie stimme nicht mit den europäischen Bestrebungen überein, die schon zu De Gasperis Zeiten einer der wesentlichen Pfeiler der italienischen Politik war. Italien könne eine deutsch-französische Hegemonie - die es gezwungenermaßen in eine untergeordnete Rolle versetzen würde - nicht annehmen. Bezeichnend genug dafür sind die zahlreichen offiziellen Kundgebungen zugunsten des Beitritts Großbritanniens zur EWG, den die führenden wirtschaftlichen Kräfte des Landes unterstützen.

"Man kann nicht wegen Stempeln einen Krieg führen"

Obschon niemand die Verteidigung der alliierten Rechte in Berlin in Frage stellt, könnte Italien es nicht zulassen, daß die Bundesrepublik ihren Verbündeten die eigene Auffassung ihrer Außenpolitik auferlege. Diese in Kreisen der heutigen Regierungsmehrheit weit verbreitete Ansicht stimmt mit der Stimmung in der öffentlichen Meinung überein. Pietro Kenni ist nicht als Ausdruck der italienischen Außenpolitik zu betrachten, denn obwohl er die NATO anerkennt, liegt seiner Stellungnahme eine allzu neutralistische ideologische Färbung zugrunde. Aber Kenni ist ein Bestandteil der parlamentarischen Mehrheit und gibt immer einen wesentlichen Teil der demokratischen öffentlichen Meinung des Landes wieder. Es dürfte deshalb von seinem geringen Interesse sein, was er bezüglich der Bedeutung der formalen Aspekte der Berlinfrage - d.h. wer formell die Grenzen der Stadt kontrolliert - meint: "Man kann nicht wegen Stempeln einen Krieg führen".

Hoffnung auf einen ehrenvollen Kompromiss

Auch die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung ist der Ansicht, es dürfe auf die Anwesenheit internationaler Kräfte in Berlin nicht verzichtet werden; aber ebenso glaubt man hier, man müsse darüber diskutieren, wie diese Ziele - ohne den Frieden zu gefährden - verwirklicht werden können. Gerade die Kuba-Krise hat wiederum bewiesen, wie tief in Italien der Wunsch nach einer endgültigen Verbannung der Kriegsgefahr ist. Mit größter Erleichterung wurde die amerikanisch-russische Lösung des Problems begrüßt.

Eine Verschärfung der internationalen Spannung reicht niemandem zum Vorteil, am allerwenigsten Italien. Deshalb klickt man hier wiederum nach Berlin in der Hoffnung, es würden alle möglichen Wege versucht, um einen "ehrvollen Kompromiss" zu finden, wie selbst Johannes XXIII. sich in seiner letzten Ansprache ausdrückte.

Es muß schließlich auch darauf hingewiesen werden, daß alle Anzeichen, die darauf hindeuten, daß in gewissen Kreisen der Bundesrepublik keine einheitliche Verurteilung des Nationalsozialismus herrscht, nicht dazu beitragen, in der italienischen Öffentlichkeit jene Stimmung zu schaffen, die

Berlin in eine Frage von Leben und Tod des Westens verwandelt. Ein Fall, wie zum Beispiel die Freisprechung von Leibbrandt, der wegen der Erschießung von 26 Italienern angeklagt war, hatte die Wirkung einer kalten Dusche auf die noch in allgemeinen in Italien vorherrschende Überzeugung, daß die osteuropäische Einheit gegenüber der russischen Berlin-Bedrohung dringender zu wahren sei.

+ + +

Glied eines weltweiten Problems

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Neben der EWG-Frage ist auch in Dänemark das Berlin- und Deutschlandproblem zum Hauptthema der öffentlichen Erörterungen geworden. Wenn von offizieller Seite eine verständliche Zurückhaltung in der Beurteilung der Lage in und um Berlin geübt wird, merkt man doch, daß die Zuspitzung oder besser gesagt die Ungewissheit über die Ergebnisse der russisch-amerikanischen Gespräche die Stimmung in politischen Kreisen beeinträchtigt.

Durch ihre Haltung und im Zuge der verschiedenen Erklärungen, die Dänemark als NATO-Mitglied abgegeben hat, zeigte die dänische Regierung, daß sie mit den friedlichen Zielen der Politik der Westmächte einig ist. Auf der anderen Seite sollte man nicht verkennen, daß die Parteien im Folketing das Berlin- und Deutschlandproblem als Glied eines größeren, weltweiten Problemkomplexes betrachten. Für die Parteien wie für die dänische Öffentlichkeit hängt die Lösung der beiden Fragen mit der Lösung der Abrüstungs- und Atomstop-Frage eng zusammen. Man verschließt sich nicht der Notwendigkeit, eine vernünftige, saubere und die Freiheitsrechte der Westberliner entsprechende Neuregelung zwischen den Siegermächten von 1945 zu finden, die auch die nun einmal gegebene deutsche Entwicklung berücksichtigt.

In seinen Ausführungen bei der UNO-Generalversammlung erklärte der neue dänische Außenminister Per Hækkerup kürzlich, "eine Ordnung, die gleichzeitig die Spannung beseitigt und sowohl die Freiheit und die Sicherheit Westberlins wie die Freiheit des Zugangs sichert, würde wesentlich dazu beitragen, das internationale Klima zu bessern und die Möglichkeiten für positive Ergebnisse bei den Abrüstungsverhandlungen zu erhöhen". In diesem Zusammenhang, sagte Hækkerup, solle der Gedanke bei den Erörterungen hineinbezogen werden, "die UNO eine Rolle spielen zu lassen, indem man ein UNO-Organ nach Berlin verlege".

Kritik an Bonn

Die dänische Presse geht, sofern sie zum Berlinthema Stellung nimmt, den "scharfen Aspekten" aus dem Wege, so zum Beispiel der Frage, ob es zu irgendeiner mehr oder weniger getarnten Anerkennung der Regierung Ulbrichts kommen müsse, wenn dabei die oben erwähnten Freiheitsrechte gewahrt bleiben. In einigen Zeitungen wird doch unverhohlender Bundesregierung eine kritische Note ausgestellt wegen ihrer negativen Haltung zu den bisherigen amerikanischen und britischen Lösungsversuchen. "Die Stimmung in der Straßenbahn" läßt sich zusammenfassend einigermaßen so beschreiben:

Der Däne hegt im allgemeinen große Sympathie für die Berlin-Frage, meint aber, siebzehn Jahre nach Kriegsende sei es eigentlich nicht falsch, irgendwie einen Schlußstrich zu ziehen, wobei es doch eine Tatsache sei, daß zwei deutsche Staaten nebeneinander existieren und miteinander Handel betreiben. Das Ulbrichtregime wird vielleicht aus moralischen Gründen abgelehnt, man wehrt sich aber gegen den Gedanken, daß es wegen der Mauer, wegen eines Passtempels oder wegen politischer Prestigefragen notwendig sein sollte, Gewalt anzuwenden. Zugeständnisse von beiden Seiten, das ist die Lösung, die "die Stimmung in der Straßenbahn" sich sehr wohl vorstellen kann.

Ende der II. Fortsetzung

+ + +